

Atombombe, Afrika und aktive Neutralität

Dokumente zur schweizerischen Aussenpolitik 1958–1961

«Die Zahl der Mächte, welche über Atomwaffen verfügen, ist heute beschränkt. Es bestehen aber Anzeichen dafür, dass in nicht allzu ferner Zeit weitere Staaten hinzukommen. Angesichts dieser Lage stellt sich die Frage, ob nicht auch wir unsere Armee mit Atomwaffen ausrüsten müssen.» Diese Aussage ist in der kontroversen Atomwaffen-Erklärung der schweizerischen Regierung vom 11. Juli 1958 enthalten. Damit würde die Schweiz ihre Neutralität aufgeben, warf Anastas Mikojan, Mitglied des sowjetischen Ministerrats, dem schweizerischen Botschafter in Moskau vor, wie dieser nach Bern meldete. Die heftigen internationalen Reaktionen überraschten den Bundesrat. In erster Linie sei ein innenpolitischer Positionsbezug gegenüber der Antiatombewegung beabsichtigt gewesen, informierte Aussenminister Max Petitpierre die Botschaft in Washington. Nunmehr sensibilisiert für den eminent politischen Charakter der Frage, sprach er sich im März 1960 kategorisch gegen die Absicht des EMD-Vorstehers Paul Chaudet aus, bei den Grossmächten bezüglich des Erwerbs von Atomwaffen zu sondieren.

Das europapolitische Dilemma

Interessante Schlaglichter werfen die nun im Band 21 der «Diplomatischen Dokumente der Schweiz» (DDS) vorliegenden Dokumente auch auf die verwaltungsintern divergierenden Urteile über die europäische Integration. Anfang 1959 trat die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) in Kraft. Die geplante grosse Freihandelszone war 1958 gescheitert, quasi als Notlösung schloss sich die Schweiz daraufhin 1960 mit sechs anderen westeuropäischen Staaten in der EFTA zusammen. Mehrfach kritisierte Petitpierre die seiner Ansicht nach zu negative Haltung, welche die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements gegenüber der europäischen Integration einnahm. Hintergrund war ein Kompetenzstreit um die Federführung in der Europapolitik.

Ein Beitritt zur supranationalen EWG kam auch für den Aussenminister nicht in Frage, wie die Akten belegen. Er plädierte jedoch angesichts der politischen Interessen der Schweiz im Kalten Krieg für eine positivere Haltung zu den Integrationsbestrebungen. Dass deren Fortschreiten für die neutrale Schweiz problematisch würde, dessen war er sich bewusst: «Die Schweiz muss, zusammengefasst gesagt, die Integration Europas wünschen; sie gerät aber in eine immer schwierigere Lage, je mehr diese Integration verwirklicht wird», formulierte der Aussenminister das eu-

ropapolitische Dilemma 1960 im Bundesrat.

Der Osten im Süden

Herausforderungen stellten sich auch ausserhalb Europas. Vor allem in Afrika wurden zahlreiche Länder unabhängig. In Bern sorgte man sich um die Konsequenzen: Die schlimmste Gefahr für den Westen sei nicht die militärische Bedrohung, so Max Petitpierre am 23. Mai 1958, sondern der durch wirtschaftliche Infiltration erreichte Einfluss der Sowjetunion in Afrika und Asien. Er befürchtete, dass sich das Gleichgewicht im Ost-West-Konflikt komplett verändern könnte. Neues Gewicht erhielt in diesem Kontext auch die Frage der Entwicklungshilfe. Es waren auch Konflikte im Kontext der Dekolonisation, die der Schweiz Gelegenheit boten, ihre Bereitschaft zur Leistung Guter Dienste und den aktiven Charakter ihrer Neutralität zu demonstrieren. So setzte sich Petitpierre dezidiert dafür ein, die Uno 1960 trotz oder gerade wegen der schweizerischen Nichtmitgliedschaft bei der Bewältigung der Kongo-Krise mit logistischen und humanitären Massnahmen zu unterstützen. Engagement und Risikobereitschaft bewies er auch bei der Unterstützung der französisch-algerischen Gespräche, die im März 1962 zum Vertrag von Evian führen sollten.

Die Equipe der DDS, die sich inzwischen bereits den sechziger Jahren zugewandt hat, edierte für die nun abgeschlossene «Ära Petitpierre» (1945 bis 1961) sechs Bände mit insgesamt 858 Dokumenten. Was nach viel tönt, ist in Tat und Wahrheit nur eine knappe Selektion von Schlüsseldokumenten. Eine substantielle quantitative und qualitative Aufwertung der Aktenedition stellt jedoch die Datenbank DoDiS dar (www.dodis.ch). Sie enthält über 7000, mehrheitlich als digitalisierte Originale vorliegende Quellen, Informationen zu Personen und Organisationen sowie Verweise auf Forschungspublikationen. Mit der beabsichtigten Erweiterung um den Inhalt der ersten Serie der DDS (Zeitraum 1848 bis 1945), der Integration des Materials der Unabhängigen Expertenkommission Schweiz - Zweiter Weltkrieg und der Verknüpfung mit den Informationen des «Historischen Lexikons der Schweiz» (www.hls.ch) entsteht ein eigentliches Portal zur Geschichte der schweizerischen Aussenpolitik.

Daniel Trachler

Diplomatische Dokumente der Schweiz, Band 21 (I. III. 1958 bis 30. VI. 1961). Chronos-Verlag, Zürich 2007. 424 S., Fr. 60.–, € 40.–. Datenbank: www.dodis.ch.